

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/021/2010/2

Kreistag am 07.10.2010

Zu Punkt 9: Neuorganisation des SGB II im Kreis Mettmann

KA Pätzold erläutert zunächst als Berichterstatter die wesentlichen Hintergründe der Vorlage sowie den Beratungsverlauf aus der Sitzung des Sozialausschusses und der gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses mit dem Kreisausschuss.

Die Fraktionen nehmen anschließend grundsätzlich zur Frage der Neuorganisation des SGB II im Kreis Mettmann Stellung.

KA Völker stellt fest, dass das vielfach in der Diskussion vorgebrachte Argument der Beibehaltung bewährter Strukturen nicht gelten könne, da die gemeinsame Einrichtung als Organisationsform nicht mit der bisherigen ARGE vergleichbar sei. Des Weiteren weist er darauf hin, dass bei wegbrechenden Bundesmitteln die finanziellen Auswirkungen und damit die Auswirkungen auf die Kreisumlage – unabhängig von der Rechtsform – gleich blieben: der Kreis werde wegfallende Bundesmittel nicht gegenfinanzieren. Im Übrigen sei ihm nicht bekannt, dass eine von den 69 bisherigen Optionskommunen die Option aufgeben und künftig in einer gemeinsamen Einrichtung weiterarbeiten werde.

Die Mehrheit seiner Fraktion vertrete die Auffassung, dass man als Optionskommune der „Aufgabe Sozialpolitik“ besser nachkommen könne und näher am Menschen sei. Bei einer gemeinsamen Einrichtung sei man zu sehr durch die Bundesagentur fremdverwaltet.

Ein einmütiges Stimmungsbild zeichne sich in seiner Fraktion aber nicht ab, da vereinzelt, u.a. von KA Vielhaus, die Auffassung vertreten werde, die fachlichen und finanziellen Risiken seien nicht ausreichend abgewogen worden. Außerdem werde in der Optionslösung nicht unbedingt eine Verbesserung zur Grundstruktur in der ARGE ME-aktiv gesehen.

KA Schnitzler und KA Schulte berichten, dass sich die SPD-Fraktion für die Option aussprechen werde, obwohl ein Rest Unsicherheit bliebe. Sie stellen fest, dass es künftig rechts-formunabhängig sicherlich gute und schlechte Stellen der Arbeitsvermittlung geben werde. Die Darstellung der Verwaltung in der Vorlage sei deshalb zu einseitig („schwarz-weiß“).

Letztlich habe man sich aus Gründen der besseren Steuerungsmöglichkeiten für das Optionsmodell entschieden. Diese Entscheidung sei jedoch ein enormer Vertrauensvorschuss gegenüber der Verwaltung. Für eine mögliche Aufgabenerledigung in der Option, aber auch schon für die Bewerbung um die Option fordern sie innovative Konzepte.

KA Schnitzler bedankt sich bei der Bundesagentur für die Zusammenarbeit und betont, dass weder Verwaltung noch Kreistag Brücken abbauen sollten, die noch gebraucht werden.

KA Dr. Ibold verweist auf die bereits in vorherigen Sitzungen ausgetauschten Argumente und macht deutlich, dass sich seine Fraktion gegen eine Bewerbung um die Option ausspricht. Ausschlaggebend sei, welches Modell die Menschen besser beraten und für den ersten Arbeitsmarkt qualifizieren könne. Ein Konzept des Kreises, was er alleine besser machen könne als in Kooperation mit der Bundesagentur, gebe es bisher nicht.

Abschließend beantragt er, in geheimer Abstimmung über den Beschlussvorschlag abzustimmen.

KA Wedel wertet den heutigen Beschluss als Prognoseentscheidung, sieht jedoch in einem gut laufenden Optionsmodell die besten Chancen für den Kreis Mettmann. Er erinnert daran, dass alle Einrichtungen – unabhängig von der Rechtsform – seitens des Bundes fiskalisch gleich gehalten werden müssen.

KA Küchler erläutert, dass die Qualität bei der Arbeitsvermittlung eine wesentliche Rolle spiele. Die ARGE ME-aktiv habe bisher gute Ergebnisse erzielt, und Optionskommunen würden gerade bei der

bedarfsdeckenden Arbeitsvermittlung nicht besser abschneiden. Durch die Kommunalisierung der Arbeitsvermittlung sehe ihre Fraktion möglicherweise finanzielle Mehrbelastungen auf die Kommunen zukommen.

KA Horzella erinnert an die umfassenden Diskussion in der gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses mit dem Sozialausschuss und spricht sich im Namen seiner Fraktion für das Optionsmodell aus.

Nach abschließenden Diskussion und auf Antrag von KA Völker unterbricht Landrat Hendele die Sitzung von 18.11 Uhr bis 18.20 Uhr und eröffnet sie anschließend erneut.

Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf geheime Abstimmung schließen sich die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. an. Die übrigen Kreistagsmitglieder sehen keine Notwendigkeit für eine geheime Abstimmung. Insgesamt befürworten somit 14 Mitglieder die geheime Abstimmung. Da die erforderliche Stimmzahl von 17 nicht erreicht wird, lässt Landrat Hendele offen per Handzeichen abstimmen.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

1. Der Kreis Mettmann bewirbt sich um die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch II in alleiniger Zuständigkeit (Option) zum 01. Januar 2012.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Bewerbung termingerecht bei der zuständigen obersten Landesbehörde abzugeben und zu begründen.
3. Die Aufgabenwahrnehmung ab dem 01. Januar 2012 erfolgt auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen und ausschließlich im Finanzrahmen, den der Bund für die kommunalen Aufgabenträger vorsieht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

27 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
5 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
17 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
1 Enthaltung SPD-Fraktion
11 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
9 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen Fraktion UWG-ME
3 Nein-Stimmen Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Im Anschluss an die Abstimmung gibt KA Vielhaus folgende persönliche Erklärung zu Protokoll:

Ich habe gegen die Optionslösung zum TOP „ Neuorganisation des SGB II im Kreis Mettmann “ gestimmt.

Ich begründe dies wie folgt:

Ich habe ausführlich meine Argumente gegen die Optionslösung in den Ratsgremien der Stadt Ratingen und in der CDU – Kreistagsfraktion vorgetragen.

Fachliche und finanzielle Risiken für den Kreis Mettmann haben aus meiner Sicht dafür gesprochen, gegen die Optionslösung in der heutigen Kreistagssitzung zu stimmen.

Ich bin der Auffassung, bewährte Grundstrukturen wie sie bei der bisherigen ARGE Kreis Mettmann geschaffen wurden nur dann zu verlassen, wenn etwas deutlich Besseres durch eine andere Lösung erreicht wird.

Dies ist bei der Optionslösung nach meiner festen Überzeugung nicht der Fall.

Die Erklärung ist der Niederschrift nochmals als **Anlage 6** beigefügt.

*Das Ergebnis der Beratungen aus der Sitzung des Sozialausschusses vom 02.09.2010
finden Sie zur Vorlage 50/021/2010, das der gemeinsamen Beratung von Kreisausschuss
und Sozialausschuss zur Vorlage 50/021/2010/1.*